



# KLUBMAGAZIN DER FPÖ KÄRNTEN

AUSGABE 9/2018



## Für viel zu wenige Kärntner gibt es „schnelles Internet“

Erhöhen wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Kärntens, appellierte der Landesparteichef der FPÖ Kärnten Klubobmann Mag. Gernot Darmann im Kärntner Landtag. Er forderte die SPÖ und LH Peter Kaiser auf, mit der Bundesregierung zusammen zu arbeiten, statt laufend gegen sie zu polemisieren. „Herr Kaiser, entwickeln Sie endlich Visionen für Kärnten, statt regelmäßig nach Wien zu spucken“, so Darmann.

Bedeutend für die Entwicklung Kärntens sei der Ausbau des schnellen Internets. Über 90 Prozent der Kärntner beklagen eine zu langsame Verbindung ans weltweite Netz. Dies erweise sich zunehmend als Hemmschuh für Tourismus- und Exportbetriebe. „Die fleißigen Arbeitnehmer und Unternehmer in Kärnten haben das zuletzt steigende Wirtschaftswachstum erreicht. Sie haben diese Erfolge nicht wegen Rot und Schwarz, sondern trotz dieser politischen Bremsklötze zustande gebracht“, erklärt FPÖ-Chef Darmann.



## Kindergärten: SPÖ bricht Wahlversprechen

Nach nicht einmal 100 Tagen im Amt hat die SPÖ ihr zentrales Wahlversprechen der elternbeitragsfreien Kinderbetreuung gebrochen. Die Eltern werden auf das Kindergartenjahr 2019/20 vertröstet, ab heurigen Herbst soll es eine Übergangslösung geben, bei der nur der Durchschnitt der Betreuungskosten erstattet wird.



Das von der SPÖ vorgestellte Modell hat eine eklatante Schwachstelle: Da die Kosten der Kindergartenplätze in den einzelnen Kärntner Gemeinden sehr differieren, sind auch die damit einhergehenden Elternbeiträge unterschiedlich hoch. Die SPÖ will für alle gleich nur einen errechnete Durchschnittsbetrag ersetzen. Damit wird die Behauptung von LH Kaiser, dass für ihn in Kärnten alle Kinder gleich viel wert sind, widerlegt.

Wenn ein Durchschnittsbetrag und nicht die wahren Kosten die Kenngröße ist, werden viele benachteiligt. Vor allem Eltern in Gemeinden mit hohen Kindergartenkosten.

Demgegenüber hat die FPÖ Kärnten schon im Jänner 2018 gefordert, dass alle Elternbeiträgen zu 100 % übernommen werden. Zuvor sollte man eine Kontrolle der Kindergartenkosten in allen Kommunen vornehmen.

Dies hat die SPÖ abgelehnt.

**Bgm. Dietmar Rauter**  
FPÖ-Landtagsabgeordneter

# Keine Politshow rund um das neue Unfallspital!

„Die SPÖ Kärnten hat viereinhalb Jahre, 230 Wochen, gebraucht um einen Kaufvertrag für das neue Unfallspital in Klagenfurt zustande zu bringen. Dann wird man der zuständigen Sozial- und Gesundheitsministerin Mag. Beate Hartinger wohl acht Wochen zugestehen, um das Projekt von Fachleuten prüfen zu lassen. Dass dieses neue Traumazentrum kommt, daran besteht kein Zweifel. Auch Ministerin Hartinger steht voll dazu!“

So fasst Kärntens FPÖ-Landesparteichef Klubobmann Mag. Gernot Darmann die Diskussion rund um die Zusammenlegung des jetzigen UKH und der Unfallabteilung des Klinikums Klagenfurt zusammen. Den Status eines überregionalen Traumazentrums für die Schwerverletztenversorgung erhält man nur, wenn Fachärzte aller medizinischen Fachrichtungen verfügbar sind. Möglich ist das nur im Klinikum. Daher ist es zwingend notwendig, dass das UKH dorthin übersiedelt.

„Die FPÖ Kärnten hat das Projekt immer unterstützt und auch die zuständige Gesundheitsministerin Mag. Beate Hartinger-Klein bekennt sich hundertprozentig dazu“ betont Darmann und widerlegt damit die Polit-Show, welche die SPÖ in dieser Frage inszeniert.

„Nehmen Sie nicht die Patienten für ihre parteipolitische Propaganda in Geiselnhaft“, forderte Darmann die SPÖ auf. Die hoch-

qualifizierten Ärzte und Pflegekräfte im UKH in seiner jetzigen Form und die Abteilung für Orthopädie und Traumatologie im Klinikum versorgen die Patienten in jedem Fall in bewährter exzellenter Form, bis die neue Struktur ab dem Jahr 2022 stehe.

„Das neue Traumazentrum kommt in jedem Fall“, betonten auch der stv. KO Mag. Christian Leyroutz und LAbg. Harald Trettenbrein. Das sei der entscheidende Punkt, sekundär sei die Frage, ob die AUVA, die das UKH derzeit betreibt, oder ein anderer Träger das zukünftigen Unfallspital führt. Dass man die Finanzen der AUVA kritisch beleuchtet, ist nur allzu verständlich. Sie hat 30 Millionen Euro an Versicherungsgeldern verspekuliert und machte als „Privilegienhort“ von roten und schwarzen Funktionären Schlagzeilen. Obwohl man seit 2014 weiß, dass das UKH ins Klinikum übersiedeln wird, hat die AUVA noch im Jahr 2015 6 Millionen Euro in ein Verwaltungsgebäude in Klagenfurt investiert.

## So schlecht steht Kärnten da



### Ultraschnelles Internet dank Glasfaseranbindung:

Kärnten 1,5 % aller Wohnsitze  
Slowenien 20 %

### Ergebnis WK-Unternehmerbefragung:

- Ein Drittel befinden Internetanbindung als schlecht
- Spittal: 50 Prozent unzufrieden mit Ausbau
- Touristiker: 45 Prozent beklagen langsame Geschwindigkeit
- Urlauber: Kritik am Gäste-WLAN





## Viele Budget-Probleme von SPÖ kurzfristig versteckt

Als eine hübsch hergerichtete Fassade hinter der SPÖ-Finanzreferentin LH-Stv. Gabriele Schaunig-Kandut einen Berg von Problemen versteckt, beschreibt FPÖ-Landesparteichef Klubobmann Mag. Gernot Darmann den Rechnungsabschluss 2017 des Landes Kärnten. Der Bericht des Landesrechnungshofes enthalte dementsprechend viele warnende Untertöne.

Nur eine Reihe von günstigen Einmaleffekten mache das vorgelegte Ergebnis möglich. Eine nachhaltige Budgetsanierung finde seit Jahren nicht statt. Die SPÖ-Alleinregierung mit ÖVP-Anhängsel agiere wie ein Familienpatriarch, der nach einem Lottogewinn, einer Erbschaft und dem Verkauf des Familiensilbers frohlocke und dabei übersehe, dass er seine Finanzen trotzdem in Ordnung bringen muss, erklärt Darmann.

Darmann listet folgende unerwartete Einnahmen für Kärnten auf, welche die Abrechnung 2017 entlastet haben: „20 Mio € Mehrerlöse durch die Auflösung des Zukunftsfonds, vom Bund gab es 34 Mio € mehr Ertragsanteile und Transferzahlungen; 22 Mio € spülte die erhöhte Heta-Quote im Zusammenhang mit der Pfandbriefbank herein und 46 Millionen (20 Mio € mehr als budgetiert) kamen durch die vorzeitige begünstigte Rückzahlung durch Wohnbauförderungsschuldner herein. „Gerade diese Rechnungsposition zeigt, wie mit

einem positiven Einmaleffekt ein langfristiges Problem entsteht. Denn die Tilgungen und Zinsen für diese jetzt zu 75 % abgelösten Darlehen müssen in den nächsten Jahren zu 100 Prozent beglichen werden“, teilt Darmann mit. „Der Stresstest für den Kärntner Haushalt steht in den kommenden Jahren bevor. Es ist zu befürchten, dass die Versäumnisse von SPÖ und ÖVP mit zeitlicher Verzögerung umso härter spürbar werden“, warnt Darmann.

„Mit Schönreden, Täuschen und Tarnen beim Budget machen wir Kärnten nicht zukunftsfit. Wir brauchen in Kärnten endlich eine klare Positionierung und ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Standort- und Arbeitsmarktpolitik“, betonte der stv. KO Christian Leyrouz im Landtag. „Die Bundesregierung hat dazu einen Schritt mit der neuen Arbeitszeitflexibilisierung gesetzt. Ich fordere die SPÖ auf, ihre Lügenpropaganda diesbezüglich endlich zu beenden und zum demokratischen und ehrlichen Diskurs zurückzukehren.“

## Fiasko Laibach-Bus: Holub wird belohnt

Noch viel mehr Steuergeld als von SPÖ und ÖVP zugegeben, wurde von den chronisch leeren Bussen zwischen Klagenfurt und Laibach durch den Auspuff geblasen. Neben den bisher bekannten und von der FPÖ immer scharf kritisierten 348.000 Euro flossen zumindest weitere 48.000 Euro in das Projekt. Mittlerweile weiß man auch, dass mit diesem Kärntner Geld in erster Linie Fahrten von Slowenen subventioniert worden sind.

FPÖ-Klubobmann Mag. Gernot Darmann äußert einen klaren Verdacht: Die frühere rot-schwarz-grüne Koalition wollte mit allen Mitteln das tote Pferd „Laibach-Bus“ bis nach der Landtagswahl im März 2018 weiterreiten. „Die Kärntnerinnen und Kärntner sollten vor der Wahl vom Desaster nichts mitbekommen und haben diese Verschleierung mit ihrem eigenen Steuergeld bezahlt!“

Der abgewählte Grüne Rolf Holub habe hier sinnlose Kosten produziert. Es ist aber bezeichnend, dass LH Peter Kaiser ihn dafür noch „belohnt“, indem er ihn zum Aufsichtsrat der Kelag bestellt.

„Kaiser hat mit Holub den Bock zum Gärtner gemacht, der allein mit einem einzigen Projekt rd. 400.000 Euro Steuergeld verbrannt hat. Nun muss er den Bock wieder aus dem Garten vertreiben“, fordert KO Darmann.



# Per Gesetz Geld für Häuslbauer absichern

Der Rechnungsabschluss des Landes Kärnten 2017 offenbart, dass Wohnbaugelder in großem Stil zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet wurden.

FPÖ-Landesparteichef Mag. Gernot Darmann und stv. KO Mag. Christian Leyrouz kritisieren, dass SPÖ und ÖVP im Jahr 2017 rund 73 Millionen Euro, die für die Wohnbauförderung beschlossen worden sind, anderwertig verwendet haben. Das veranlasst sie zur Forderung: „Wir müssen eine Zweckwidmung im Gesetz verankern!“

Vor dem Hintergrund, dass die Kärntner Arbeitnehmer und Unternehmer pro Jahr rund 60 Millionen Euro in die Wohnbauförderung einzahlen, sei dies laut Darmann und Leyrouz dringend nötig.

Es zahlt jeder fleißig arbeitende Kärntner im Laufe seines Berufslebens bis zu EUR 15.000 in die Wohnbauförderung ein. Den selben Betrag zah-

len auch die Kärntner Betriebe für jeden einzelnen Mitarbeiter.

„Wenn die SPÖ das Geld der Arbeitnehmer nicht zweckgewidmet verwendet, dann soll sie es den fleißigen Kärntnerinnen und Kärntnern doch wieder zurückgeben. Das Geld wird den Kärntnern nämlich monatlich von ihrem Arbeitslohn abgezogen! Wo ist denn hier die rote Gewerkschaft, da hört man nichts“, kritisiert der freiheitliche Wohnbausprecher Harald Trettenbrein. Um diese fragwürdige Vorgehensweise abzustellen, hat die Kärntner FPÖ am Donnerstag im Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, damit eine Zweckwidmung der Wohnbauförderungsgelder gesetzlich verankert wird.



## Jagdreferent Gruber liefert Witz des Monats

Nur als „Witz des Monats“ kann man die Mitteilung des ÖVP-Jagdreferenten LR Martin Gruber bezeichnen. Er spielt sich als Retter der Jagdpächter auf, weil er die Streichung eines „unnötigen Härte-Passus im Jagdgesetz“ veranlasst habe. Dieser § 23 des Jagdgesetzes sah die (viel zu rasche) Möglichkeit der behördlichen Aufhebung eines Jagdpachtvertrags vor.

Dass sich ausgerechnet Gruber für dessen Änderung per Presseaussendung lobt, ist deshalb absurd, weil diese Bestimmung von seiner eigenen Partei, der Landwirtschaftskammer und der SPÖ in das Gesetz hineinreklamiert worden war.

Die FPÖ, der damalige Jagdreferent Mag. Gernot Darmann und Mag. Christian Leyrouz haben ausdrücklich davor gewarnt. Aber die ÖVP forderte damals ultimativ: Wenn das nicht so kommt, gebe es keine Zustimmung zum Jagdgesetz!

Statt diesen peinlichen Fehler stillschweigend zu reparieren, inszenierte sich Gruber als angeblicher Retter der Jagdpächter. Die ÖVP zündet ein Haus an und gebärdet sich dann als Löschmeister. Für stv. KO Leyrouz ist dies ein Beispiel für die unredliche Politik der ÖVP Kärnten und ein Armutszeichen für den neuen ÖVP-Chef Gruber: Er sucht verzweifelt nach Möglichkeiten zur Profilierung und kann mangels Leistung nichts finden. So reklamiert er die Reparatur eines von der ÖVP verursachten Gesetzesmangels als „Erfolg“.